

Bericht in der Gifhorner Rundschau am 08. Juni 2010

Zum Thema Kappung der Grasseler Straße

Verwaltung kritisiert Braunschweigs Oberbürgermeister scharf

Die Kreisverwaltung Gifhorn nimmt wie folgt Stellung:

„In dem Artikel wird seitens der Stadt Braunschweig dargelegt, dass der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig zurzeit keine Veranlassung sieht, ein persönliches Gespräch mit Landrätin Marion Lau über die Neuordnung der Verkehrsverhältnisse beziehungsweise die beabsichtigte Unterbrechung der Grasseler Straße aufgrund des Flughafenausbaus zu führen.

Mit Schreiben vom 25.04.2010 hat der Herr Oberbürgermeister zwischenzeitlich auf den Gesprächswunsch des Landkreises reagiert und mitgeteilt, dass Gifhorn hinreichend informiert sei. Dieser Aussage ist deutlich zu widersprechen. Seitens der Stadt Braunschweig wird lediglich auf mehr als 5 beziehungsweise 7 Jahre zurückliegende Beteiligungsverfahren hingewiesen. Dies hält der Landkreis Gifhorn nicht für eine loyale Zusammenarbeit in einer kommunalen Nachbarschaft. Seitens des Kreises wurde vorab auf Verwaltungsebene versucht, näheres über die Planungsabsichten der Stadt Braunschweig zu erfahren, die in Verbindung mit der Kappung der Grasseler Straße auch Auswirkungen auf den Landkreis Gifhorn, insbesondere die Ortschaften Grassel und Bechtsbüttel der Gemeinde Meine, haben. Sofern seitens der Stadt Braunschweig nunmehr ausgeführt wird, dass Gifhorn hinreichend informiert sei, steht dem ein aktuelles Schreiben des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr der Stadt Braunschweig, das nach einer persönlichen Besprechung auf Verwaltungsebene erging, ausdrücklich entgegen. Hier wurde lediglich ausgeführt, dass derzeit für verschiedene Varianten einer Umfahrung des Flughafens zusätzliche Untersuchungen durchgeführt werden. Es wurde jedoch weder im Gespräch noch schriftlich mitgeteilt, um welche Varianten es sich handelt. Besonderer Anlass für das mit der Stadt Braunschweig gewünschte Gespräch war für den Landkreis aber insbesondere die Aussage in dieser Mitteilung, dass auch die Auswirkungen auf den Landkreis – soweit notwendig – untersucht werden und vorgesehen sei, die Ergebnisse der Untersuchungen anschließend der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zum weiteren Vorgehen eine Öffentlichkeitsphase durchzuführen. In diesem Zuge wurde der Fachbereich Bauwesen des Kreises darauf hingewiesen, dass (erst!!) dann auch Gelegenheit bestände die Belange des Landkreises zu erörtern.

Diese Aussagen des Fachbereichs Tiefbau der Stadt Braunschweig stehen der Antwort des Oberbürgermeisters somit deutlich entgegen. So ist dem Kreis bis heute nicht mitgeteilt worden, welche Planungsalternativen und Trassenvarianten untersucht werden. Weder für die Verwaltung des Kreises noch für die Öffentlichkeit ist nachvollziehbar, warum die Stadt Braunschweig ihre Planungen nicht transparent gestaltet und die Nachbarkommune trotz ausdrücklichen Wunsches nicht beteiligt.“